

gen, den Hochwasserschutz so anzubringen, dass auch neueste Erkenntnisse eine Rolle spielen. Seitdem ist aber nichts mehr geschehen, als Papier zu beschreiben. Meine Frage ist konkret: Können Sie heute oder vielleicht auch im Nachhinein den Bürgern der Stadt schriftlich mitteilen, wann der aktive Hochwasserschutz in dieser Form auch in Ortrand umgesetzt werden soll?

Ministerin Tack:

Erstens, Herr Kollege - das wird Ihnen nicht entgangen sein -: Hochwasserschutzmaßnahmen werden aus dem ELER-Förderprogramm realisiert, und innerstädtische Hochwasserschutzmaßnahmen könnten künftig über das EFRE-Programm realisiert werden. Es gibt bisher diese Arbeitsteilung, und Sie wissen, wie da die finanzielle Situation aussieht.

Zweitens kann ich nur noch einmal auf Folgendes verweisen: Zunächst gibt es eine Abstimmung zwischen dem Landrat und unserem Ministerium, wie die weiteren Schritte der Hochwasserschutzmaßnahmen geregelt sind. Ich glaube, am 17. August sind alle Fragen vor Ort beantwortet worden, sodass ich noch einmal auf diese Veranstaltung hinweisen kann. Dort sind alle Fakten, auch die, die die Zukunft berühren, besprochen worden.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde angekommen. Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und entlasse Sie in die Mittagspause. Pünktlich um 13 Uhr treffen wir uns hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.20 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.03 Uhr)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, sorgen Sie bitte dafür, dass hier ein paar mehr Menschen in den Raum kommen!

Bevor wir anfangen, möchte ich ganz herzlich - vor diesem Hintergrund sieht es heute ganz besonders traurig im Plenarsaal aus - Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Elbe-Elster begrüßen. Das ist die erste Gruppe, näher wurde sie mir nicht definiert. Seien Sie herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Oh, es sind gar keine Bürger, es sind alles Ministerielle! Das ist also ganz falsch. Die Bürger sind noch nicht da. Gut, seien Sie auch willkommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Fühlen Sie sich jetzt nicht gedemütigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

„Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“

Zwischenbericht
der Enquetekommission 5/2

Drucksache 5/6000

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Vorsitzenden der Enquetekommission 5/2. Herr Abgeordneter Ludwig hat das Wort.

Es ist wirklich traurig: Es sind fast mehr Ministerielle als Abgeordnete im Raum, die Exekutive und die Legislative. Entschuldigung.

Ludwig (DIE LINKE):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Anwesende! Leider könnte ich Sie jetzt fast alle namentlich begrüßen. Offensichtlich wurden wir ein Opfer der Mittagspause. Ich denke, das Thema hat es in sich und sollte noch zu weiterem Zustrom verleiten.

Die Einsetzung einer Enquetekommission „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020“ wurde im März 2011 durch alle im Landtag Brandenburg vertretenen Fraktionen beantragt und beschlossen. Die Enquetekommission wurde beauftragt, folgende Punkte zu bearbeiten und dem Landtag im Sommer 2012 einen Zwischenbericht und ihre Ergebnisse im II. Quartal des Jahres 2013 vorzulegen. Über diesen Zwischenbericht können wir heute diskutieren, wobei ich jetzt aus Zeitgründen einiges konzentriert habe. Damit das komplett im Protokoll stehen kann, soll es am Anfang erwähnt werden.

Erstens: Die bisherigen Kommunalreformen in Brandenburg sind zu prüfen und unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit in einer zusammenfassenden Bewertung darzustellen. Erfahrungen anderer Länder sind zu berücksichtigen. Leistungsfähigkeit, Strukturen und Größen der kommunalen Verwaltungseinheiten sind wegen des Bevölkerungsrückgangs zu bewerten.

Zweitens: Die Aufgabenverteilung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen - heißt es da - und die dabei eingesetzten Personal- und Finanzmittel sind systematisch zu erfassen und wegen der demografischen Entwicklung und den sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen zu bewerten. Die Leistungen sind kritisch zu beurteilen.

Drittens: Die Struktur der Aufgabenverteilung auf allen Ebenen ist kritisch zu bewerten. Es ist zu überprüfen, an welcher Stelle diese Aufgaben bürgerfreundlich, am effizientesten und am kostengünstigsten erbracht werden können und ob auf Ebene der Landesbehörden neue Zusammenarbeitsmodelle mit anderen Ländern gefunden werden können.

Viertens: Es sollen Vorschläge unterbreitet werden, wie die Qualität und der Umfang kommunaler Kooperationen durch geeignete Maßnahmen, einschließlich Gesetzesänderungen, befördert werden können und in welchem Verhältnis Kooperation und Fusion zueinander stehen sollen.

Fünftens: Ob auf Ämter im Land Brandenburg wegen der aktuellen Rechtsprechung in anderen Ländern Umgestaltungsbedarf zukommt oder sie nach den Erfahrungen anderer Flächenländer neu konzipiert werden müssen, ist zu prüfen.

Sechstens: Die Kommission soll - ausgehend von den Analyseergebnissen - verschiedene Modellvarianten, einschließlich Mindestgröße für eine mögliche Neu- bzw. Umstrukturierung der Gebietskörperschaften, vorlegen. Diese sollen den sich ver-

ändernden finanziellen und demografischen Bedingungen Rechnung tragen. Die Modelle sollen flexibel und zukunftsfest sein, um auf künftige demografische Entwicklungen reagieren zu können. Grundlage für eine Gebietsreform ist eine Funktionalreform. Die Erfahrungen anderer Länder sollen vergleichend herangezogen werden.

Siebtens: Wie notwendige Veränderungen durch die Verteilung der Finanzmittel an die Gebietskörperschaften und den kommunalen Finanzausgleich bei unserer strikten Konnexität erreicht werden können, ist darzustellen.

Achtens: Die derzeitige E-Government-Strategie der Landesregierung ist zu überprüfen. Schwerpunkt soll modernes E-Government im Zusammenhang mit kommunalen Verwaltungsstrukturänderungen sein.

Neuntens: Es sollen Vorschläge unterbreitet werden, wie die kommunale Selbstverwaltung und das bürgerschaftliche Mitwirken auf kommunaler Ebene gestärkt und zusätzliche lokale Mitentscheidungsmöglichkeiten eingeführt werden können. Hierzu ist auch eine Evaluierung der Kommunalverfassung vorzunehmen.

Zehntens: In einer Zusammenfassung sollen die Handlungsempfehlungen einschließlich realistischer Vorschläge der zeitlichen Umsetzung dargestellt werden.

Das alles ist ein anspruchsvoller Aufgabenkatalog. Aber darüber hinaus hat die Enquetekommission ausdrücklich die Möglichkeit, dem Landtag weitere Ansatzpunkte und Vorschläge zu unterbreiten, welche als Lösungen für die demografischen und finanzbedingten Veränderungen in Brandenburg herangezogen werden können. Aus meiner Sicht ist das - vor allem für den uns vorgegebenen Zeitrahmen - ein sehr anspruchsvolles Programm.

Am 6. Mai 2011 trat die Enquetekommission zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. In dieser und den folgenden Sitzungen wurden die zu bearbeitenden Themen und die Vorgehensweise konkretisiert. Insgesamt hat die Enquetekommission 5/2 in ihren ersten zwölf Sitzungen von Mai 2011 bis Juni 2012 zirka 63 Stunden getagt und dabei 47 Expertinnen und Experten und Erfahrungsträgerinnen und Erfahrungsträger zu allen Themenkomplexen angehört.

In den kommenden Beratungen soll dann verstärkt über die sich aus den Anhörungen ergebenden Schlussfolgerungen diskutiert und sollen Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Der Zwischenbericht soll den bisherigen Beratungs- und Diskussionsverlauf bündeln und damit das weitere Vorgehen der Enquetekommission vorbereiten, insbesondere unter Berücksichtigung der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen. Dabei richtet sich der Zwischenbericht nicht nur an Sie als Auftraggeberinnen und Auftraggeber, sondern er soll auch der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick über die Arbeit der Enquetekommission geben.

Hervorheben will ich die Durchführung einer Bürgerumfrage mit dem Titel „Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg gegenüber ihrer Kommunal- und Landesverwaltung“. Damit sollten die Erwartungen an die Kommunalverwaltungen und an die Landesverwaltung ermittelt werden. Die Umfrage hat zu folgenden Ergebnissen geführt: Im

Allgemeinen wird die Verwaltung gut beurteilt. Dabei ist herauszustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg mit ihrer Landesverwaltung grundsätzlich sehr zufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung ist noch etwas besser. Die Bewertung einzelner und damit konkreter Verwaltungsleistungen fällt sogar noch besser aus, und zwar durchgängig. Es ist aber auch feststellbar, dass das Ansehen der Verwaltung und die Zufriedenheit mit einer konkreten Verwaltungsleistung allenfalls bedingt etwas miteinander zu tun haben. Festzustellen ist aber auch, dass die Zufriedenheit in kleinen amtsangehörigen Gemeinden etwas geringer ist als in anderen Bereichen.

Ausgehend von dem Grundsatz, dass die Verwaltung den Interessen der Bürgerinnen und Bürger dienen soll, haben wir uns auch die Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Ländern angeschaut. Wir können dabei feststellen, dass in allen Ländern Europas - das ergab das Gespräch mit Wissenschaftlern, das wir in Schweden führen konnten - der demografische Wandel im Gange ist, in allen Ländern Europas gibt es Binnenwanderungen. Beides findet zeitgleich auch im Land Brandenburg statt.

Überall in Europa werden diese Prozesse übrigens auch analysiert und erforscht. Dabei gab es zum Beispiel die interessante Feststellung, dass die durchaus ambitionierte Einwanderungspolitik in Schweden nur Stabilisierung- und Entwicklungseffekte in Metropolenräumen hat und dass das auch in anderen skandinavischen Ländern nachweisbar ist. Das heißt, wir können wahrscheinlich auch in unserem Land nicht davon ausgehen, dass die gezielte Förderung von Zuwanderung zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung in metropolenfernen Regionen beitragen könnte. Diese Erfahrungen haben wir unter anderen mitgenommen.

Wir haben umfangreiche Zuarbeiten und Vorträge von Expertinnen und Experten gehört. Die Phase der Vorschlagsentwicklung und Entscheidungsfindung beginnt jetzt. Deswegen finden Sie in dem vorliegenden Zwischenbericht dazu ausschließlich Ansätze. Wir werden mit unserer öffentlichen Sitzung am 26. Oktober in Cottbus, einer ganz bewusst gewählten auswärtigen Beratung, mit dem sogenannten Entscheidungsprozess beginnen. Wir können aber jetzt schon feststellen, dass das einheitliche Wachstum im Land Brandenburg sein Ende gefunden hat oder in Kürze finden wird. Wir können dabei davon ausgehen, dass wir das Schrumpfen in Räumen des Landes Brandenburg nicht als Kapitulation von Gesellschaft begreifen müssen, sondern wir können Schrumpfungsprozesse als zusätzliche Gestaltungsaufgabe anpacken und auch daraus Lösungsansätze für Verwaltungsstrukturen sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene entwickeln. Wir können dabei aber davon ausgehen - das ergab ein Vortrag unseres Infrastrukturministeriums in der Enquetekommission -, dass wir nicht nur bei Verwaltungsstrukturen einen erheblichen Wandlungsbedarf erwarten dürfen, sondern hauptsächlich bei der Infrastruktur wird es erhebliche Veränderungsbedarfe geben.

Wir gehen dabei davon aus, dass Demokratie von Beteiligung und von Ehrenamt lebt - so ja auch ein großer Teil unseres Einsatzauftrages. Wir werden also mit unseren Vorschlägen daran arbeiten, wie wir zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, wie wir Betätigungsmöglichkeiten für Ehrenamt stabil halten oder möglicherweise verbessern. Auf keinen Fall darf Ehrenamt, vor allen Dingen bei der kommunalen Selbstverwaltung, überfordert werden.

Ich darf mich an dieser Stelle für die sehr konstruktive und vorbildlich kollegiale Zusammenarbeit bei allen - ohne mich - 13 Mitgliedern der Enquetekommission bedanken. Ich denke, wir haben auch durch unsere Arbeitsweise Maßstäbe gesetzt, wie parlamentarische Arbeit zur Lösungsfindung für Prozesse im Land Brandenburg beitragen kann. Herzlichen Dank an Sie!

(Beifall DIE LINKE, SPD und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ludwig. - Inzwischen sind die Gäste aus dem Elbe-Elster-Kreis eingetroffen. Ich begrüße also herzlich Bürgerinnen und Bürger aus dem Elbe-Elster-Kreis.

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Schippel hat das Wort.

Schippel (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Dank meines Kollegen Ludwig an unsere Kollegen in der Enquetekommission und an die Sachverständigen möchte ich mich gern anschließen. Ich möchte ihn erweitern auf die Landtagsverwaltung, die es nicht ganz einfach hat mit dem Schreiben von Protokollen und anderen Dingen.

Seit einigen Jahren steht die Zukunftsfähigkeit der Verwaltungsstrukturen im Land und in seinen Kommunen im Fokus der öffentlichen Debatte. Der Landtag hat diese Enquetekommission eingesetzt, die die Strukturen und Aufgaben des Landes, der Landkreise und der Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der sinkenden Einnahmen prüft. Ich betone deshalb: Es muss ein Dreiklang sein; ohne den erreichen wir keine Lösung. Es können sich also weder das Land noch die Landkreise noch die Kommunen heraushalten.

Aufgabe von verantwortungsvoller und nachhaltiger Politik ist es, die Landes- und Kommunalstrukturen zur rechten Zeit auf diese sich verändernden Bedingungen einzustellen. Diese Einstellung muss nachhaltig sein. Eine kurzfristige nutzt uns nichts; diese traurige Erfahrung haben wir gemacht. Nachhaltigkeit spielt dabei also, wenn wir das Land denn weiter erfolgreich gestalten und den Kurs halten wollen, eine ganz große Rolle. Nicht nur der Landtag hat eine Kommission eingesetzt, nach der SPD haben fast alle Parteien Kommissionen eingesetzt, die sich mit Leitbildern der brandenburgischen Gesellschaft in der Zukunft beschäftigen.

Brandenburg hat in seiner jungen Geschichte bereits einiges an Erfahrungen mit Verwaltungs- und Verwaltungsgebietsreformen gemacht; ich komme noch einmal darauf zurück. Dennoch können wir die Augen vor den Herausforderungen nicht verschließen. Demografischer Wandel, sinkende Einnahmen - der Kollege Ludwig hat das bereits ausgeführt, dazu brauche ich nichts weiter zu sagen - sind allgegenwärtig. Die zu erwartenden jährlichen Einnahmen des Landes werden selbst bei prognostizierten Steuermehreinnahmen dramatisch sinken. Trotz geplanter Einsparungen zum Beispiel bei den Personalkosten, die nicht unumstritten sind, Polizei etc., wird es im Jahr 2020 eine

große Finanzierungslücke geben. Schätzungen in der Größenordnung von 1 Milliarde Euro sind dabei nicht unwahrscheinlich.

Um es klar zu sagen: Wenn der Landeshaushalt 20 % weniger an Einnahmen hat, werden auch die Kommunen weniger Geld bekommen müssen. Das ist in unserem Ausgleichssystem so angelegt. Die FAG-Zuweisungen werden gesenkt werden müssen, und die heute vorhandenen Kommunalstrukturen werden in Brandenburg in der Perspektive nicht zu halten sein. Schon heute ist die Einwohnerzahl zahlreicher Gemeinden und Ämter unter das Niveau der Richtgröße von 5 000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und für 500 für amtsangehörige Gemeinden gesunken, eine Richtgröße, die wir vor gar nicht langer Zeit, 2003, mal gemeinsam gefunden hatten. 2030 werden 28 Ämter und 35 amtsfreie Gemeinden unter 5 000 Einwohner haben, neun amtsfreie Gemeinden wahrscheinlich sogar unter 2 000.

An der Stelle sei mir gestattet zu sagen: Inwieweit dann ein Ausblick auf 2030 trägt, muss man sich fragen. Man sollte dann wenigstens, um Planungssicherheit für die Kommunen zu haben, im Hinterkopf behalten, schon mal das Jahr 2040 zu betrachten.

(Beifall der Abgeordneten Holzschuher und Ziel [SPD])

Dann rechnen Sie einmal mit derselben Prozentzahl und dem, was der Vorsitzende gesagt hat; zehn Jahre weiter. Wenn ich das auf den berlinnahen und den berlinfernen Raum beziehe, heißt das da, woher ich komme, im Klartext: Zu dem ohnehin geplanten Bevölkerungsschwund von 25 % - Elbe-Elster bis dato dasselbe - werden wahrscheinlich 10 % hinzukommen. Wir sollten das zumindest im Hinterkopf haben. Wir müssen Verwaltungen trotzdem bürgernah und professionell anbieten können. Deshalb müssen wir heute auf diese Entwicklung reagieren. Es liegt jetzt an der Enquetekommission, die entsprechenden Empfehlungen zu erarbeiten.

Erste persönliche Schlussfolgerungen: Das Land wird Aufgaben an Landkreise und die Landkreise werden Aufgaben an die Kommunen abgeben müssen, wenn wir sie in noch vertretbarer Entfernung - damit meine ich nicht die Kilometerentfernung, sondern ich meine den Kontakt mit dem Bürger - gewährleisten wollen und das immer im Sinne einer guten, zuverlässigen, professionellen und bürgernahen Aufgabenerledigung.

Wir werden die Einheitsgemeinden weiter stärken müssen, denn sie bieten als Grundmodell die effektivste Möglichkeit der Organisation örtlicher Gemeinschaften. Wir werden daneben aber das Amtsmodell verbessern müssen.

(Frau Lehmann [SPD]: Ja, das ist richtig!)

Wir werden diesmal - wenn ich diesmal sage, meine ich das bezogen auf 2003 - die Anzahl der Verwaltungsträger deutlich reduzieren müssen, um gleichzeitig einen Bürgerservice an den jetzigen Verwaltungsstandorten auf Dauer erhalten zu können. Wir werden also die Frage beantworten müssen: Viel Geld des Steuerzahlers für viele kommunale Verwaltungen oder bei sinkender Anzahl von Verwaltungskunden mehr Geld für die Ausgestaltung kommunaler Aufgaben? Der direkte Kontakt von Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern kann nicht ersetzt werden. Wo jedoch die Bearbeitung des Bauantrages, des An-

trages auf Eheschließung oder was auch immer erfolgt, ist gleichgültig. Es wird zunehmend nicht mehr in dem kleinen Rathaus der Gemeinde X oder in dem Verwaltungszentrum des Amtes Y erfolgen.

Ein Wort noch zur Frage freiwilliger Kooperationen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Kooperationen wichtig sind. Es hat sie immer gegeben. Es wird sie immer geben. Wir kennen die Wasser- und Abwasserverbände, wir kennen Tourismusverbände etc. Aber diese Kooperationen bieten keinerlei Gewähr für eine dauerhafte, zufriedenstellende Lösung struktureller Probleme. Sie bieten Optimierungspotenzial in einzelnen Sachfragen und für einzelne regionale Besonderheiten. Der Frage des demografischen Wandels und der Frage der Lückenschließung von Finanzen werden sie nicht Rechnung tragen.

Ein Wort aus eigener Erfahrung mit Verwaltungs- und Gebietsreformen in Brandenburg seit 1993: Die 93er Gemeindegebietsreform habe ich noch nicht mit vorbereitet und auch die Ämterreform nicht. Was wir alle aber feststellen, wenn ich mir diese Zeitspanne anschau, ist, dass man aus heutiger Sicht und mit heutigen Erkenntnissen dort wesentlich zu kurz gesprungen ist. Von 2003 will ich gar nicht sprechen, weil wir da über die Anzahl von Verwaltungen überhaupt nicht geredet haben.

Eine weitere Erfahrung: Ich habe mir - wie immer - die Reaktionen angeschaut. Nun wurde vor kurzem ein Papier einzelner SPD-Mitglieder, die Mitglieder in der SGK sind, veröffentlicht. Dazu gibt es weder einen Parteibeschluss noch einen SGK-Beschluss noch sonst irgendetwas.

(Petke [CDU]: Was ist denn los in der SPD? - Unruhe)

- Herr Kollege Petke, es ist so wie in jeder guten Volkspartei. Es wird diskutiert. Wir können Gott sei Dank heute unsere Meinung ändern oder veröffentlichen. Wir sind im Diskussionsprozess.

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

Dazu können alle beitragen. Wovor ich warne - damit meine ich ganz speziell die Oppositionsparteien - ist dieser Reflex, der dort ausgelöst wird, ich habe den Zeitungsausschnitt hier, demzufolge der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende erklärt hat: Das ist die Meinung der SPD!

Ich erinnere mich an die Zeit zum Beispiel vor 2003. Wir sind ja nun einmal die ganze Zeit in der Regierungsverantwortung. Damals war nicht klar, wer Koalitionspartner wird. Damals gab es zwei Oppositionsparteien. Es gab die CDU und es gab die Linke. Ich kann mich noch erinnern - der Kollege Homeyer ist nicht hier - an das große Schild: Wir retten die kleinen Gemeinden! Das war, glaube ich, sogar ein Wahlkampfplakat.

(Zuruf von der CDU: Hat er selbst gemalt! - Heiterkeit)

- Nein, das war gedruckt. Das war von euch.

(Heiterkeit)

Anschließend - und das meine ich - bin ich mit Herrn Schönbohm als dann Innenminister über die Lande gefahren. Kollege Petke war bei den Regionalkonferenzen dabei. Kollege Schönbohm musste sich dann als Verräter und Ähnliches beschimpfen lassen. Ich will Sie davor warnen, diesen Weg noch einmal zu gehen.

Das betrifft im Übrigen auch die Linke. Lassen Sie uns die Zeit sachlich nutzen! Lassen Sie uns Ideen und Gedanken austauschen! Letztlich wird die Enquetekommission eine Empfehlung abgeben. Wir tun den Bürgern keinen Gefallen, wenn wir dieses Thema im Parteihackhack zerreißen. Wir sind gefordert, sachliche Lösungen zu finden, die zukunftsweisend sind und wenigstens - glauben Sie mir das - bis 2040 reichen müssen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schippel. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Petke erhält das Wort.

Petke (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier schon vielen gedankt worden. Ich möchte dem Innenminister danken, dass er da ist. Denn bei diesem Zukunftsthema fehlt der Ministerpräsident. Es fehlt der Finanzminister. Es fehlt der Arbeitsminister, der heute nicht nur zu spät kam, sondern sich auch noch in Rage geredet hat. Und es fehlt der linke Wirtschaftsminister.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Auch Sie sind heute wieder einmal da, Herr Petke! - Zurufe)

Deswegen mein ausdrücklicher Dank an den Kommunalminister, dass er zu uns gefunden hat.

(Beifall CDU)

Lassen Sie mich über die politischen Rahmenbedingungen sprechen. In der SPD gibt es eine Einigkeit. Wenn hier jemand von den Genossen sagt, bei Schönbohm sind wir damals zu kurz gesprungen, dann klatscht ihr. Dann klatscht die SPD. Wenn es aber darum geht, Vorschläge zu machen, dann kann sich jeder etwas herausuchen. Der Fraktionsvorsitzende will die Landkreise abschaffen. Herr Schubert möchte fünf, sechs oder sieben Landkreise. Und die jetzt eben angesprochenen Einzelmeinungen, die es immerhin in die großen Zeitungen des Landes geschafft haben, wollen elf Landkreise. Das ist doch für eine Regierungspartei, die sich ewig an der Regierung in Brandenburg wähnt, ein bemerkenswertes Chaos.

(Holzschuher [SPD]: Wir sind offen für Diskussionen!)

Es gibt noch eines der vielen bemerkenswerten Staatsgeheimnisse in Brandenburg. Das ist die Frage: Was eigentlich will unser Kommunalminister? Herr Dr. Woidke, nehmen Sie heute die Gelegenheit wahr, uns endlich einmal zu sagen: Wo steht denn das Kommunalministerium in der Zukunftsfrage?

(Zuruf von der SPD: Immer vorn!)

Lassen Sie mich zur Linken kommen!

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Bleiben Sie einmal bei der Sache!)

Dr. Scharfenberg, Sie wissen um meine Meinung, dass Menschen mit einer solchen Belastung aus der SED-Zeit weder auf der Regierungsbank - das ist die Meinung des Ministerpräsidenten - noch hier im Landtag etwas zu suchen haben.

(Zuruf von der SPD: Wie lange denn noch? - Oh! Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Dass aber die Linke in dieser Zukunftsfrage gerade Sie zum Wortführer in der Enquetekommission gemacht hat, ist schon sehr bemerkenswert. Ich komme gleich dazu, welche Rolle Sie dort spielen.

(Domres [DIE LINKE]: Reden Sie zum Thema!)

Ihre Partei ist gefangen zwischen Lafontaine und Frau Enkelmann an der Spitze, zwischen dem Wahlergebnis in Berlin, wo Sie es durch Ihren Absturz nach rot-roter Zeit nicht einmal mehr geschafft haben, eine gemeinsame Regierung mit der SPD hinzubekommen.

(Frau Stark [SPD]: Kommen Sie zum Thema! - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie meinen, das hat etwas mit dem Thema Kommunen zu tun?)

- Das hat damit nichts zu tun.

(Zuruf: Nein! - Zurufe von der CDU)

Deswegen haben Sie Angst vor jeder Veränderung. Um das einmal deutlich zu machen: Herr Dr. Scharfenberg sitzt einen Meter von mir entfernt. Es ging um die Frage der Hauptamtlichkeit, der Ehrenamtlichkeit und all diese Dinge. Da sagte er zu mir: Sehen Sie, Herr Petke, in der DDR hatte jede Gemeinde einen hauptamtlichen Bürgermeister. - Ist das denn das Bild, das wir in Brandenburg 2020 oder 2030 haben wollen?

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Nein!)

Warum hatte denn die SED in jeder Gemeinde einen Bürgermeister der SED und der Blockparteien installiert? Doch nicht, um zu helfen, wenn es um die Frage ging: Wie bekomme ich meinen Trabi schneller? Doch nicht um zu helfen, wenn die Stasi einmal einen weggefangen hatte!

(Unmut und Zurufe bei der Fraktion DIE LINKE)

Nein, es ging um die Kontrolle der Menschen! Und das wird in Brandenburg nicht unser Modell sein.

(Beifall CDU - Unmut bei der Fraktion DIE LINKE - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Am Thema vorbei, würde ich an der Stelle sagen!)

Was brauchen wir?

Kollegin Mächtig, Sie haben es ja nicht in die Enquetekommission geschafft! Wir hätten uns gewünscht,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Ah!)

dass Sie sogar an der Spitze der Enquetekommission stehen, aber Ihre Fraktion hat ja leider anders entschieden.

(Unmut bei der Fraktion DIE LINKE - Zuruf von der Fraktion [DIE LINKE]: Der hat ja nichts zum Thema zu sagen!)

Was brauchen wir? Wir haben im Zwischenbericht auf Ihre Intervention hin sage und schreibe einen mageren und mickrigen Satz, dass Brandenburg Veränderung braucht. Das ist nach den ganzen Sitzungen, nach den vielen Stunden der Anhörung einfach zu wenig. Es liegt an der Linken - ich höre es von den anderen Kolleginnen und Kollegen, aber es ist nun einmal eine Tatsache: Sie bremsen schon jetzt, weil Sie befürchten, dass Ihre Wählerinnen und Wähler - Kollege Schippel hat es hier angesprochen - Ihnen 2014 die Quittung dafür geben, dass Sie all das, was Sie vor 2009 versprochen haben, in den fünf Jahren Regierung aufgegeben haben.

(Unmut bei der Fraktion [DIE LINKE])

Wir brauchen den Mut zur Veränderung und wir brauchen insbesondere den Mut zu weniger Landkarten. Wir haben Landkarten in den Zeitungen, wir haben Landkarten in der SPD, wir haben Landkarten in der Diskussion. - Wo führt das hin? Es verwirrt die Menschen vor der Kommunalwahl am 6. Juni 2014. Es geht bei dieser Reform nicht darum, was 2014 passiert. Es geht um die Frage: Was passiert 2020 oder 2030?

Die Menschen sind mit der Situation auf der Verwaltungsebene insgesamt zufrieden. Trotzdem liegt es in unserer Verantwortung, ihnen deutlich zu machen, dass es aufgrund des demografischen Wandels und natürlich der finanziellen Veränderungen den Mut zu Änderungen braucht. Wir brauchen vor allem den Mut, Aufgaben zu übertragen - von oben nach unten, aber da wo es Sinn macht, auch von unten nach oben. Diesen Mut vermissem ich - auch in der Diskussion in der Enquetekommission - sowohl auf der Landesebene als durchaus auch auf der kommunalen Ebene.

Wir brauchen eine tatsächliche Lösung für das Problem des wirtschaftlichen Auseinanderfallens von berlinnahen und berlinfernen Regionen. Diese Entwicklung wird sich durch die demografische Entwicklung verschlimmern. Wir brauchen dazu eine ehrliche und offene Diskussion und vor allem zukunfts-feste Antworten. Wir brauchen eine bürgernahe, qualifizierte und zugleich kostengünstige Verwaltung.

Ich darf es auf den Punkt bringen: Wir diskutieren in Brandenburg über den Lehrermangel, über den Ärztemangel und in Ansätzen - in Zukunft auch verstärkt - über den Mangel an qualifiziertem Personal in unseren Verwaltungen. Die Dinge in den Verwaltungen werden in Zukunft nicht einfacher, sie werden eher komplizierter, und deswegen braucht man Frauen und Männer, die entsprechend qualifiziert sind - die werden wir nur finden, wenn wir in den Verwaltungen auch die entsprechenden Gehälter zahlen können.

Wir brauchen - auch das ist eine Tatsache - die Bereitschaft zu Investitionen in die Informationstechnik. Jeder, der so tut, als ob E-Government für nichts zu haben ist, macht den Menschen etwas vor. Das wird Geld kosten, auf der kommunalen und auf der Landesebene - der Landtag hat hierzu aufgrund eines CDU-Antrags gestern entsprechend diskutiert. Und wir brauchen die Bereitschaft, die besondere Situation in unserem Land anzuerkennen, denn die gibt es. Ich glaube nicht, dass wir - wie damals in der Großen Koalition - noch einmal den Weg gehen werden, uns starr an Einwohnergrenzen zu halten. Ich glaube nicht, dass wir mit Leitlinien wie den damaligen und ihren engen Grenzen in Zukunft Erfolg haben werden. Wir brauchen auch die Einsicht, nach Lösungen zu suchen, die der besonderen Situation vor Ort Rechnung tragen.

Die Menschen erwarten von uns den politischen Willen und nicht Populismus. Und sie erwarten nicht - das sage ich, weil die Linke immer so belustigt ist - das Bremsen durch eine Regierungsfraktion, die offensichtlich in großen Teilen in der Regierung noch immer nicht angekommen ist.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Eijejei!)

Die Menschen erwarten auch nicht, dass wir eine Reform um der Reform willen machen. Ich glaube, die CDU tut gut daran, ihre Vorschläge einzubringen unter dem Motto: Wir machen etwas besser, wo es etwas besser zu machen gibt. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Diskussion.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Wir auch!)

Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petke. - Bevor wir mit dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Scharfenberg fortsetzen, begrüße ich recht herzlich als Gast Hans Modrow.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Halbzeit legt die Enquetekommission den von ihr erwarteten Zwischenbericht vor. Ich denke, für die Darstellung der bisher vorwiegend analytischen Arbeit ist ein gutes Maß gefunden worden.

Mit der Kommission verbinden sich hohe Erwartungen, denn wir sollen Vorschläge dafür erarbeiten, wie nicht nur die Kommunalverwaltungen - ich weiß nicht, ob Ihnen auch schon aufgefallen ist, dass eigentlich im Kern immer nur über die Kommunalebene geredet wird -, sondern auch die Landesverwaltung im Jahr 2020 bürgernah, effektiv und zukunftsfest aufgestellt sein kann. Diese Arbeit liegt noch vor uns.

Wir sind uns dabei einig, dass es vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der befürchteten Verschlechterung der Finanzsituation erheblichen Handlungsbedarf gibt, um auch in Zukunft gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu sichern - das ist der Anspruch. Wir wollen in einer breiten öffentlichen Diskussion langfristig und präventiv agieren, um eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes zu sichern, und dabei sind zweifellos noch dicke Bretter zu bohren.

Die Form der Enquetekommission ist dafür sehr geeignet und, Herr Petke, dafür gebührt Ihnen Dank. Den Vorschlag haben Sie damals gemacht. Das war aber auch schon alles, denn seitdem sind Sie auf Tauchstation gegangen: Sie nehmen nur an einem Teil der Sitzungen teil; wenn Sie dabei sind, erledigen Sie Ihre Post, lieber Herr Petke,

(Heiterkeit und Beifall bei der Fraktion DIE LINKE - Frau Lehmann [SPD]: Kriegt er trotzdem Geld?)

und ich finde, aus dem Wenigen haben Sie in Ihrem Vortrag

wortreich sehr viel gemacht, aber es ist überhaupt nicht sachdienlich.

(Beifall und Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Kommission hat ihre Arbeit mit dem erklärten Anspruch begonnen, ergebnisoffen zu sein. Das widerspiegelt sich in den formulierten Zielen, in denen nichts vorweggenommen wird. Die Linke hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mit Sitz und Stimme in der Kommission vertreten sind. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit, denn Reformen können nur gelingen und von dauerhafter Wirkung sein, wenn die Beteiligten gleichberechtigt am Tisch sitzen - auch wenn du den Kopf schüttelst, Werner-Siegwart, ich stehe dazu -, denn man muss gemeinsam nach Lösungen suchen, auch wenn es manchmal etwas länger dauert.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Zu einer der ersten Anhörungen waren Vertreter von Ortsteilen, amtsangehörigen und amtsfreien Gemeinden, Ämtern und Landkreisen als Beteiligte bereits durchgeführter Kommunalreformen eingeladen. Diese Anhörung hat gezeigt, dass sich die Kommunen mit den Erfordernissen des demografischen Wandels und der zu erwartenden Verknappung der Kommunalfinanz ausensetzen. Übergreifend ist die Bereitschaft und das Interesse für eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bis hin zu festen Kooperationen geäußert worden, während ein Ruf nach einer erneuten landesweiten Gebietsreform nicht zu vernehmen war. Der Grundsatz, sich in kommunaler Eigenverantwortung den Problemen zu stellen und vor Ort nach Lösungen zu suchen, schließt für uns umgekehrt ein, Vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung zu haben. Deshalb sprechen wir uns für einen Reformprozess von unten aus, für eine breite demokratische Beteiligung und ein hohes Maß an Eigenverantwortung.

(Beifall DIE LINKE)

Das Land sollte seine Aufgabe nicht darin sehen, neue kommunale Strukturen vorzugeben, sondern durch entsprechende Rahmenbedingungen den Reformprozess von unten fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es zeichnet sich ab, dass wir uns insbesondere mit den Problemen des berlinfernen Raums beschäftigen müssen. In diesem ohnehin bevölkerungsschwachen Teil des Landes wird der prognostizierte Rückgang der Bevölkerungszahl zu einer erheblichen Verschärfung bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen. Überlegungen, die Prozesse der Entvölkerung durch eine Wegzugprämie zu beschleunigen, sind bekanntlich schnell und mit großer Einigkeit abgelehnt worden. Das bedeutet aber auch, dass wir gemeinsam Wege dafür finden müssen, wie in kleinen Dörfern mit vorwiegend älteren Einwohnern künftig der Zugang zu gleichwertigen Lebensbedingungen gesichert werden soll. Wie weit ist es möglich, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung mit der gegenwärtig vorhandenen Verwaltungskraft befriedigende Lösungen vor Ort zu finden? Zum Beispiel mit einem Rufbus, mit mobilen Versorgungsangeboten einschließlich Dienstleistungen in der Verwaltung. Was kann dabei in ehrenamtlichem Engagement geleistet werden? Das ist in erster Linie Verantwortung der jeweiligen Kommunalverwaltung, aber es gehört eben auch zur Verantwortung des

Landes, und letztlich ist es Verantwortung des Einzelnen für sich selbst.

Ob es dabei hilfreich wäre, verbindliche Vorgaben für Mindestgrößen von Verwaltungseinheiten festzulegen und diese Mindestgrößen von gegenwärtig 5 000 Einwohnern zu verdoppeln oder sogar noch höher anzusetzen, wage ich zu bezweifeln.

Zweifellos ist es möglich, so zu verfahren und das Land nach dem Gesichtspunkt der Verwaltungsoptimierung aus zentraler Sicht in Verwaltungseinheiten zu untergliedern. Aber mittlerweile gibt es die verschiedensten Erfahrungen mit kommunalen Gebietsreformen nach diesem überkommenen Muster. Wir haben den großen Vorteil und die Chance, aus diesen Erfahrungen anderer Länder zu lernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke setzt sich - wie andere auch - für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Wenn man das wirklich ernst meint, verbindet sich damit aber untrennbar die Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit, also ein Reformprozess von unten. Wir stoßen jedoch auch immer wieder auf den Vorbehalt, dass sich die Kommunen nicht ohne Druck - einschließlich Zwang von oben - bewegen würden. Warum soll es nicht möglich sein, den Gegenbeweis anzutreten? Wir wollen die Chance dafür nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor diesem Hintergrund stellen wir uns die Frage, ob die vorhandene Kommunalstruktur die notwendige Leistungsfähigkeit aufweist, um kommunale Daseinsvorsorge in ihrer ganzen Breite zu gewährleisten. Wir groß muss eine Verwaltung sein, um eine qualifizierte Arbeit für die Bürger zu leisten? Natürlich ist es so, dass große Verwaltungen - wie zum Beispiel die in den kreisfreien Städten - eine entsprechende Arbeitsteilung und Spezialisierung entwickeln können, wie es in einer kleinen Gemeinde mit 5 000 Einwohnern kaum möglich ist.

Folgte man diesem Ansatz, würde man feststellen: Eine Verwaltung kann nicht groß genug sein. - Wir alle wissen aber, dass das nicht mit dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung, der Sicherung der lokalen Identität und des bürgerschaftlichen Engagement vereinbar ist. Verwaltungseffizienz ist wichtig, aber eben nicht alles. Fakt ist auch, dass solche Veränderungen in der Kommunalstruktur in der Regel nicht umkehrbar sind. Wenn eine gewachsene Gemeindestruktur aufgehoben wird, gibt es kein Zurück.

Deshalb ist es wichtig, nicht technisch-bürokratisch eine Schablone über das Land zu legen, wie das jetzt erneut mit einem Vorschlag versucht worden ist, sondern an die vorhandenen Strukturen anzuknüpfen. So zeichnet sich ab, dass die Ämter entgegen früherer Überlegungen erhalten bleiben und weiter entwickelt werden sollen. Unter einem solchen Dach ist offensichtlich noch ein großes Entwicklungspotenzial vorstellbar.

Wir sind offen dafür, in Brandenburg die neue Form der Verbandsgemeinde einzuführen, was übrigens schon 1999 von der Enquetekommission des Landtages mit dem Modell der brandenburgischen Amtsgemeinde empfohlen wurde.

Meine Damen und Herren, damit verbindet sich die alte Forderung nach einer konsequenten Funktionalreform. Der Zusammenhang zwischen Funktionalreform und Gebietsreform ist in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt

intensiv diskutiert worden, allerdings mit unbefriedigenden Ergebnissen. Die Gebietsstrukturen sind verändert worden, während die Aufgabenübertragung nur in geringem Umfang erfolgt ist. Dieses Thema wird sicher in den Empfehlungen der Enquetekommission eine große Rolle spielen.

Wir werden auf der bevorstehenden Klausur über Inhalt und Umfang von Aufgaben der Landesverwaltung reden, die als kommunalisierbar eingestuft werden können. Dabei muss allerdings gesichert sein, dass eine solche Übertragung sinnvoll ist. Es macht wenig Sinn, wenn der finanzielle Aufwand dadurch erheblich größer wird oder wenn die Aufgabe keinen Gestaltungsspielraum bietet. Es muss zudem genau bedacht werden, ob die Aussicht auf die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben eine Vergrößerung der Kommunalstrukturen rechtfertigt - das muss abgewogen werden. Auch das spricht für ein freiwilliges Abwägen und Entscheiden vor Ort.

In diesem Zusammenhang ergibt sich auch die Frage, welches Potenzial durch eine intensive interkommunale Kooperation erschlossen werden kann und wo eine durch Zusammenschluss vergrößerte Gemeinde Voraussetzung für eine Aufgabenübertragung ist.

Wir haben also genügend Gesprächsstoff für die zweite Halbzeit. Ich hoffe, dass es uns gelingt, die Empfehlungen an den Landtag - wie bisher - in einem breiten Konsens zu erarbeiten. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharfenberg. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Goetz hat das Wort.

Goetz (FDP):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Anfang des Jahres 2011 traf sich hier im Landtag eine kleine konspirative Gruppe - das waren der Kollege Petke, die Kollegin Nonnemacher, das war ich, und das waren die Mitarbeiter der jeweiligen Fraktion, die für Innenpolitik zuständig waren.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Gab's Tee?)

Hintergrund war, dass wir uns Gedanken über die Zukunft des Landes Brandenburg machen wollten, die für die nächsten Jahrzehnte zu gestalten war - gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und einer sich absehbar verschlechternden Finanzsituation bei uns hier im Lande.

Wir wollten ausdrücklich nicht, dass Gebietsreformen und Strukturveränderungen in dieser Weise diskutiert werden, weil uns klar war, dass jede Gebietsreform - jede neue Landkarte, wie Kollege Petke es ausdrückte - die inhaltlich notwendige Diskussion darüber, wie Aufgaben neu strukturiert werden sollten, überlagern würde. Deswegen ist es auch nicht hilfreich, wenn auf diese Weise von anderen - woher auch immer, Kollege Schippel - entsprechendes Störfeuer kommt.

Wir in unserer Dreierrunde haben die Aufgabe bewusst neutral formuliert, um auch der Regierungskoalition ideologiefrei und

themenbezogen die Gelegenheit zur Mitarbeit zu bieten. Davon hat die Regierungskoalition auch Gebrauch gemacht. Herzlichen Dank an Sie, Kollege Schippel, herzlichen Dank, Kollege Scharfenberg, für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Enquetekommission, die zu dem gemeinsamen Einsetzungsbeschluss aller Fraktionen führte.

Bei Konflikten überwog stets der Wille zur Gemeinsamkeit. Auch wir, Kollege Scharfenberg, waren uns einig, dass die kommunalen Spitzenverbände ihren Sitz in der Enquetekommission haben sollten. Leider war die Linke nicht bereit, dafür einen Sitz zu opfern. So kommt es, dass der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds - Herr Baaskes Schwiegervater - heute als FDP-Experte in dieser Enquetekommission sitzt.

(Heiterkeit bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Das Erstaunliche ist, meine Damen und Herren: Es funktioniert. - Auch das ist für eine Zusammenarbeit möglich - wenn man denn will.

(Bischoff [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass er verheiratet ist! - Weitere Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Es gibt Schwiegerväter ohne Eheschließung, meine Damen und Herren Kollegen.

Wir haben in der Enquetekommission Arbeitsgruppen eingesetzt, die bewusst ohne Denkverbote an das Thema herangehen sollten. Wir sind davon ausgegangen, dass Kommunen eigentlich alles können - in dem Wissen, dass das so nicht stimmt -, und wir sind davon ausgegangen, dass Kommunen auch das dafür notwendige Geld in jedem Falle haben würden - in dem Wissen, dass auch das nicht stimmt -, um zunächst die Aufgabenbestimmung durchführen zu können, weil alles andere zur Folge gehabt hätte, dass wir mit den Denkverboten von vornherein unsere Aufgaben eigentlich nicht hätten erfüllen können.

Natürlich fehlt am Ende Geld - das ist allen klar, dafür sorgen hier in Brandenburg schon unsere Freunde der Luftfahrt. Trotzdem ändert das nichts daran, dass die Themen zunächst kritisch hinterfragt werden müssen und wir jede Aufgabe nach der Notwendigkeit der Wahrnehmung wie auch nach dem Ort, an dem sie wahrgenommen werden soll, hinterfragen müssen.

Es gibt tolle Karten. - Ich muss es noch einmal sagen, Kollege Schippel: Das vorige Wochenende von der SPD aus der Kommunalpolitischen Vereinigung heraus war nicht hilfreich. Wenn da von elf Kreisen und der Abschaffung von kreisfreien Städten die Rede ist, führt das zum Aufschrei und verstellt den Blick auf die eigentlich wichtigen Diskussionen. Wenn dort die Kommunen Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow schon zusammengelegt worden sind, muss ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Das hat selbst im real existierenden Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats nicht funktioniert. - Also schauen wir einmal, wie es jetzt hinbekommen werden soll, unsere drei Kommunen zusammenzufassen.

(Holzschuher [SPD]: Ist das jetzt ein Gegenargument?)

Das ist eine ganz schwierige Kiste. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne mich in der Gegend aus. Kollege Konsanke kann Ihnen das bestätigen, er kennt das auch.

Es ist auch keine gute Idee, jetzt von Solidarausgleich zwischen Landkreisen zu reden. Die Bundesrepublik hat einen bestimmten Staatsausgleich, den sollte man verinnerlichen, dann kommt man zu anderen Lösungen als ausgerechnet zu dieser.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der doch recht bekannte Deutsche Kurt Tucholsky hat sich vor 100 Jahren Gedanken über den Einsetzungsbeschluss unserer Enquetekommission gemacht. Man glaubt es kaum, aber es ist so. Er hat geschrieben:

„Ja, das möchteste:

Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse,
vorn die Ostsee, hinten die Friedrichstraße;
mit schöner Aussicht, ländlich-mondän,
vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehn -
aber abends zum Kino hast du's nicht weit.
Das Ganze schlicht, voller Bescheidenheit“

Er führt dann weiter aus und schließt:

„Aber, wie das so ist hienieden:

manchmal scheints so, als sei es beschieden
nur pö a pö, das irdische Glück.
Immer fehlt dir irgendein Stück.
Hast du Geld, dann hast du nicht Käten;
hast du die Frau, dann fehl'n dir Moneten -
hast du die Geisha, dann stört dich der Fächer:
bald fehlt uns der Wein, bald fehlt uns der Becher.
Etwas ist immer. Tröste dich.
Jedes Glück hat einen kleinen Stich.
Wir möchten so viel: Haben, Sein und Gelten.
Dass einer alles hat: das ist selten.“

Das, meine Damen und Herren, ist das Problem, vor dem wir in unserer Enquetekommission stehen: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land, müssen uns aber darüber im Klaren sein, dass gleichwertige Lebensverhältnisse eben keine gleichen Lebensverhältnisse sind. Sie können sich in Teltow ein Grundstück kaufen - 15 Meter breit, 20 Meter lang, direkt neben dem S-Bahnhof -, oder Sie kaufen sich für das gleiche Geld die halbe Uckermark.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie kennen die Schönheit der Uckermark gar nicht, Herr Kollege! - Bischoff [SPD]: Sie haben ja gar keine Ahnung! Gar keine! - Weitere Zurufe von der SPD sowie der Fraktion DIE LINKE)

Ich korrigiere mich: Ein Viertel der Uckermark.

Was Sie dabei feststellen: Sie haben in Teltow am S-Bahnhof ...

(Bischoff [SPD]: Was hat das mit Tucholsky zu tun?)

- Wir sind bei Tucholsky mit genau diesem Vergleich.

In der Uckermark haben Sie vorn die Ostsee, und in Teltow haben Sie hinten die Friedrichstraße.

(Frau Alter [SPD]: Oh, so was von rückwärts orientiert!)

Sie müssen nur wissen: Sie haben nicht beides!

(Frau Hackenschmidt [SPD]: In Teltow die Friedrichstraße?)

- Ja, hinein in die S-Bahn, und schon sind Sie da, Frau Kollegin.

Wir stehen vor großen Herausforderungen für die nächsten Jahre. Richtig ist, dass die vergangenen Anpassungen und die vergangenen Strukturreformen, die es gab, im Grunde gescheitert sind. Das haben Sie, Kollege Schippel, mit anderen Worten dankenswerterweise dargelegt. Insofern sollten wir uns bemühen, unsere Aufgaben diesmal besser wahrzunehmen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Eine Herausforderung, vor der wir stehen, ist zum Beispiel folgende: Im Jahr 2011 haben wir lediglich 54 % unseres ausgegebenen Geldes in Brandenburg selbst erwirtschaftet, 46 % dagegen kamen von woanders. Wir wissen, dass der Solidarpakt II auslaufen wird, der Länderfinanzausgleich infrage gestellt wird - von den Geberländern im Länderfinanzausgleich - und wir somit künftig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Das Ganze geht einher mit dem demografischen Wandel, der einer der wesentlichen Auslöser für die Einsetzung dieser Enquetekommission war.

Mit dem Innenausschuss - nicht mit der Enquetekommission - waren wir im vergangenen Jahr in der Schweiz. Dies war eine sehr interessante Reise. Dort konnten wir sehen, wie in der Schweiz selbst Kleinstkommunen auf erstaunliche Weise lebensfähig sein können. Aus dem, was dort gelaufen ist, kann man einiges lernen - zum Beispiel, wie mehr Verantwortung an die Kommunen gegeben werden kann.

Natürlich haben die Schweizer ein völlig anderes System. Die Schweizer Kommunen haben eine eigene Finanzhoheit. Wenn die Kommunen etwas planen, sagen sie ihren Einwohnern, was dies an Kosten verursachen würde. Anschließend können die Bürger entscheiden, ob sie persönlich das Geld dafür ausgeben wollen, um diese Aufgaben zu erfüllen. Das ist in unserem System völlig anders. Dennoch ist es ein Ansatz, den wir prüfen sollten, um auch hier nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Wichtig für uns in der FDP-Fraktion ist, dass insbesondere auf Freiwilligkeit gesetzt wird. Wir wollen Fusionen nicht oktroyieren. Ich erinnere an die vergangenen Diskussionen bzw. an die vergangenen Reformen im Jahr 2002/2003, bei denen sich unter anderem die Einwohner von Eiche und Golm für einen Anschluss nach Werder entschieden haben. Dies wurde jedoch ignoriert, und Potsdam erhielt den Zuschlag, und zwar gegen deren erklärten Willen. Die Lösung des Anschlusses nach Werder wäre lebensfähig gewesen. Auf diese Weise sollten wir, glaube ich, bei neuen Reformen nicht arbeiten.

Wir wollen Aufgaben dort streichen, wo es möglich ist, und Aufgaben nach unten verlagern; denn gerade mit der Abgabe nach unten bleiben auch kleinere Kommunen lebensfähig - vorausgesetzt, dass die Konnexität, die bei uns in der Landesverfassung verankert ist, endlich einmal eingehalten wird und mit den nach unten gegebenen Aufgaben auch das notwendige Geld tatsächlich bereitgestellt wird.

Wir wünschen uns verstärktes bürgerschaftliches Engagement. Dabei ist klar, dass dies die Kommunen nicht retten wird, aber zumindest einen Beitrag dazu leistet. Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie auch heute schon Bürger die Kommunen wirksam entlasten, indem sie sich um ihre Nachbarn kümmern oder schauen, was auf der eigenen Straße bzw. vor der eigenen Haustür geschieht. Somit gestalten die Bürger mit ihrem Engage-

ment eine lebenswerte Kommune. Das macht hinsichtlich der Zufriedenheit im Land Brandenburg viel aus und trägt wesentlich dazu bei, dass man den Bürgern die Möglichkeit zum Handeln gibt, wenn sie denn handeln wollen.

Natürlich werden wir uns am Ende Gedanken über Strukturveränderungen und auch über die Größe von Gemeinden machen müssen, und zwar sowohl über Mindestgrößen als auch über maximale Größen. Dabei geht es unter anderem um die Mindestgrößen von Einwohnerzahlen - diese Frage steht, egal, mit welcher Antwort wir hinausgehen werden - und die maximalen Größen der Fläche. Haben die Landkreise eine Fläche von der Größe, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, stellt sich für mich die Frage, ob das dann tatsächlich noch eine Gemeinde ist, mit der man sich identifizieren kann, und wie wir mit diesem Problem umgehen wollen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die an diesem Thema mitgearbeitet haben. Ich danke allen Mitgliedern der Enquetekommission. Dazu gehören auch Sie beide, Herr Schippel und Herr Scharfenberg. Ich danke den Mitarbeitern der Enquetekommission, die dort hinten sitzen, die in hervorragender Weise die Themen aufarbeiten und uns als Abgeordnete damit in die Lage versetzen, unsere Aufgabe zu erfüllen.

Ich weise noch auf Folgendes hin: Wenn man später einmal auf die 5. Wahlperiode dieses Landtages zurückschaut und sich überlegt, was wir denn alles getan haben, hat die Enquetekommission 5/2 das Zeug dazu, das entscheidende Thema dieser 5. Wahlperiode zu sein. Wir stellen hier die Weichen für die nächsten Jahrzehnte, wie Sie es richtigerweise angesprochen haben. Vieles andere, was wir machen, ist möglicherweise ein wenig rückblickend, ist das Tagesgeschäft. Aber dieses Thema, mit dem wir uns in der Enquetekommission befassen, ist das, womit die Menschen im nächsten Jahrzehnt in Brandenburg leben müssen. Insofern tragen wir eine große Verantwortung. Ich wünsche uns Erfolg bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Es liegt noch ein spannendes Jahr vor uns. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP, GRÜNE/B90 sowie des Ministers Dr. Woidke)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Frau Abgeordnete Nonnemacher erhält das Wort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich möchte an dieser Stelle auch den Abgeordneten Petke ganz besonders begrüßen.

(Beifall GRÜNE/B90 und DIE LINKE - Bischoff [SPD]:
Ist er mal da?!)

Lieber Sven, ich bin, ehrlich gesagt, freudig überrascht, dass du nach fast einjährigem Gang in die innere Emigration jetzt

wieder an der Oberfläche aufgetaucht bist; vielleicht noch nicht ganz auf der Höhe des Zeitgeschehens, aber immerhin.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Vor anderthalb Jahren haben wir uns in diesem Haus gemeinsam auf den Weg gemacht und die Enquetekommission 5/2 „Kommunal- und Landesverwaltung - bürgernah, effektiv und zukunftsorientiert - Brandenburg 2020“ ins Leben gerufen. Allen war klar, dass die ersten Sitzungen der Bestandsaufnahme dienen würden. Vielleicht war nicht allen bewusst, wie umfangreich diese Bestandsaufnahme werden würde, auch wenn der Einsetzungsbeschluss schon einen Hinweis geben konnte, dass eine Menge Arbeit vor uns liegen würde.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die bisher gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ein ganz besonderer Dank gilt neben den Ausschussreferentinnen und -referenten dabei den nichtparlamentarischen Mitgliedern der Kommission. Ihre Erfahrung und Kompetenz als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten sind für unsere Arbeit unverzichtbar. Gut, dass Sie bereit waren, sich einzubringen.

(Beifall GRÜNE/B90, DIE LINKE sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Die Breite der Themen in der Enquetekommission reichte von der Bürgerbeteiligung bis zur Aufgabenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen. Die Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt wurden genauso geprüft wie die Strukturen in Baden-Württemberg oder die Reformen unserer europäischen Nachbarn im Norden und im Süden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen ebenso zu Wort wie Vertreterinnen und Vertreter aus Ministerien, Verwaltungen und der kommunalen Familie in ihrer ganzen Breite. Wahrscheinlich blieb kaum ein Experte auf den Gebieten, die von uns bearbeitet wurden, von der Enquetekommission unbehelligt.

Ich denke, wir haben gelernt, dass es bei den Themen, die uns bewegen, keine wissenschaftlich begründbaren absoluten Wahrheiten gibt. Am Ende müssen wir all das Fachwissen und jeden Blickwinkel an unsere Brandenburger Verhältnisse anpassen.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Richtig!)

Dabei sind oftmals Details entscheidend. Manch einer stellt dann plötzlich fest, dass auch beim Vergleich von Äpfeln und Birnen der Apfel ein Apfel ist und die Birne eine Birne.

Die Aufgaben von Kreisen, Gemeindeverbänden und Gemeinden unterscheiden sich in den Bundesländern ganz erheblich. Selbst die Vergleichbarkeit von Gemeinden untereinander ist mittlerweile ein schwieriges Geschäft, da es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Formen der Aufgabenerfüllung gibt. Die wenigsten Gemeinden erfüllen alle Aufgaben durch die Kernverwaltung. Es gibt unter anderem Eigenbetriebe und kommunale GmbHs. Einige Aufgaben werden auch von privaten Trägern übernommen. Das erschwert die Vergleichbarkeit und macht die Gewinnung unumstößlicher Erkenntnisse nicht einfach.

An diese Grenze ist auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gestoßen, das für die Enquetekommission Daten zur Kas-

senstatistik geliefert hat. Entsprechend schwierig ist es auch, die letzte Gemeindegebietsreform bewerten zu wollen. Die Zeit bleibt nicht stehen. Große Veränderungen für die Kreise, Gemeinden und Ämter gab es nach der Reform der Agenda 2010. Neue Formen der Aufgabenwahrnehmung sind dazugekommen. Nicht zuletzt die Doppik hat in den Kommunen eine ganz neue Buchführung erforderlich gemacht.

Wird ein Kreis Optionskommune, hat dies wesentlichen Einfluss auf seinen Personalbestand in der Verwaltung. Konjunkturzyklen mit ihren Auswirkungen auf die Finanzausstattung pflegen sich auch hier nicht linear und vorhersehbar zu verhalten - von einer Krise, wie wir sie 2008 und in den Folgejahren erlebt haben, einmal ganz abgesehen. Hieraus objektifizierbare Erkenntnisse für ganz Brandenburg ableiten zu wollen erscheint mir ein Ding der Unmöglichkeit. Wahrscheinlich werden wir niemals erfahren, ob die Reform aus dem Jahr 2003 eine Fusionsrendite erbracht hat.

Nach mehr als einem Jahr intensiver Arbeit haben aber wahrscheinlich alle Parteien festgestellt, dass es so, wie es ist, nicht bleiben kann. Wer noch vor einem Jahr Zweifel hatte, ob überhaupt Reformbedarf besteht, wird dies jetzt höchstwahrscheinlich mit Ja beantworten. Der Druck durch die demografische Entwicklung und den zu erwartenden Rückgang der Einnahmen lässt daran keinen Zweifel.

Auch die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an ihre Verwaltungen ändern sich. Die Zeit des Untertanen, der sich geduldig in eine Schlange auf dem Amt einreihet und demütig darauf wartet, sein Anliegen vortragen zu können, ist lange vorbei. Die Flexibilität, die die Brandenburgerinnen und Brandenburger an den Tag legen müssen, erwarten sie auch von ihrer Verwaltung.

Jetzt müssen wir also mit der Diskussion über tragfähige Zukunftsmodelle für Brandenburgs Kommunal- und Verwaltungsstrukturen beginnen und weitreichende politische Schlussfolgerungen ziehen. An dieser Stelle kommen auch wieder politische Grundsätze und Ansichten zum Tragen.

Meine Fraktion - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - legt Wert auf die Schaffung längerfristig stabiler Verwaltungsstrukturen, die nicht im Zehn-Jahres-Rhythmus geändert werden müssen, die aber auch ausreichend flexibel sind. Zentral für uns ist zudem die deutliche Stärkung direkter und indirekter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren, jetzt wird es also spannend. So langsam müssen die Karten auf den Tisch. Wir Bündnisgrünen sind in die Vorhand gegangen. Mit dem von uns in Auftrag gegebenen Gutachten zur Reform der Landes- und Kommunalverwaltung Brandenburgs, erstellt vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, haben wir die Debatte nicht nur bereichert, sondern wir haben - daraus abgeleitet - auch konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Sieben Leitthemen, über die wir uns unterhalten müssen, stehen für mich in den nächsten Monaten im Mittelpunkt:

Erstens geht es um die Frage der Funktionalreform: Welche Aufgaben wollen wir wo erledigen? Auf welche Aufgaben können wir eventuell verzichten? Welche Bereiche müssen gegebenenfalls gestärkt werden?

Zweitens müssen wir uns auf ein zukunftsfähiges Gemeindefmodell einigen. Wir Bündnisgrünen schlagen vor, die Ämter zu direktdemokratisch legitimierten Verbandsgemeinden weiterzuentwickeln.

Dabei müssen wir uns - drittens - auch über Mindestgrößen von Einheitsgemeinden und Verbandsgemeinden im Hinblick auf die zu übertragenden Aufgaben verständigen. Ich halte die Aussage für plausibel, dass gestärkte Gemeinden, die mehr Aufgaben wahrnehmen, eine Mindestanzahl an Einwohnerinnen und Einwohnern haben sollten. Die aktuellen Reformbeispiele zeigen, dass die Grenze bei rund 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegen könnte. Eine solche Zahl darf aber kein Dogma sein.

Aufgrund der disparaten Siedlungsstruktur in Brandenburg müssen wir - viertens - flexible Lösungen ermöglichen. In dünn besiedelten, peripheren Räumen sollte es eine Flächenobergrenze geben, um zu ausgedehnte Gemeindeverbände zu vermeiden. Schon heute befinden sich einige der flächengrößten Einheitsgemeinden Deutschlands in Brandenburg. So hat die Gemeinde Wittstock/Dosse eine Fläche von fast 420 km². Diese Obergrenze sollten wir nicht wesentlich überschreiten.

(Beifall GRÜNE/B90 und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Eine Orientierung an den Mittelzentren, wie sie die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik - SGK - nun vorschlägt, schießt wohl über das Ziel hinaus, wenn damit Gemeinden entstehen, die über 1 200 km² groß sind. An dieser Stelle werden die Nachteile einer Vergrößerung, zum Beispiel die Raumüberwindungskosten, die Skalenvorteile einer Maßstabsvergrößerung mit Sicherheit übersteigen. Oder, wie es bei einigen Wissenschaftlern so schön heißt: Mit der Größe wachsen auch die Frustrationskosten.

Fünftens muss die Frage der Kreiszuschnitte geklärt werden. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass riesige Regionalkreise kaum Vorteile, aber viele Nachteile mit sich bringen. Ich gehe davon aus, dass sich auch die SPD bald von dieser Option lösen wird und wir an dieser Stelle über moderate Änderungen diskutieren werden. Auch hier sind jüngste Vorschläge durchaus ermutigend.

Sechstens - das ist mir ganz wichtig -: All diese Änderungen ergeben nur dann Sinn, wenn wir Bürgerbeteiligungs- und Mitbestimmungsrechte ausbauen. Unser Gemeinwesen - und damit unsere Kommunen - lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Dort, wo die viel beschworene Zivilgesellschaft nicht funktioniert, gibt es keine Zukunft, und die Letzte macht das Licht aus.

Neben einer Demokratisierung der Ämter scheint mir das der entscheidende Punkt zu sein. Zu einer lebendigen Demokratie gehören heute selbstverständlich mehr Beteiligungsmöglichkeiten, mehr Transparenz und bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement.

Wenn wir es schaffen, in diesen sechs Punkten zu einer Übereinkunft zu kommen und ein Leitbild zu entwickeln, das auch die Perspektive einer Fusion mit Berlin offenhält, müssen wir - siebte - einen Fahrplan zur Umsetzung dieser Maßnahmen erstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Zwischenbericht der Enquetekommission 5/2 liegen viele Fakten auf dem Tisch. An einigen Stellen müssen wir noch nacharbeiten: bei der Bürgerbeteiligung, bei der Schaffung angepasster Verwaltungsangebote und beim E-Government. Ich hoffe, wir können uns in möglichst vielen Punkten an einen Konsens heranbewegen, und freue mich auf die weitere Debatte. Meine Fraktion ist dazu bereit.

(Beifall GRÜNE/B90 - Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE - Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Nonnemacher. - Bevor die Landesregierung das Wort ergreift und die Aussprache abschließt, möchte ich ganz herzlich die zweite Besuchergruppe aus dem Landkreis Elbe-Elster unter uns begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Minister des Innern Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Vorrednern sehr dankbar, dass sie auf die Herausforderungen eingegangen sind, vor denen wir stehen. Zwei Begriffe dominieren die Diskussion: Erstens ist es die demografische Entwicklung im Land Brandenburg. Diese ist übrigens mit keinem anderen deutschen Bundesland zu vergleichen; denn wir erwarten 30 % Einwohnerzuwachs im berlinnahen Raum, jedoch bis zu 30 % Einwohnerrückgang in berlinfernen Regionen. Diese Divergenz ist einmalig in Deutschland.

Zweitens stehen wir vor finanziellen Herausforderungen. Für die kommunale Ebene stellt sich damit die Frage, welche finanziellen Spielräume die einzelne Gemeinde noch hat. Sind diese nicht mehr vorhanden, kann die Gemeindevertretung bzw. die Stadtverordnetenversammlung ihre politischen Vorhaben nur unzureichend oder ansatzweise umsetzen. Das bedeutet alles andere als eine Stärkung der Demokratie.

Die Herausforderungen sind zwar groß, aber wir sollten uns nicht vor ihnen fürchten. Das Land Brandenburg stand schon vor größeren Herausforderungen und hat diese erfolgreich gemeistert.

Ich komme aus Forst, einer Stadt, die es in der Vergangenheit auch nicht immer einfach hatte. Forst hatte im Jahr 1989 24 000 Einwohner und 12 000 Beschäftigte in den Forster Tuchfabriken, also der Textilindustrie. Nach zwölf Monaten waren von diesen 12 000 Beschäftigten noch ganze 200 übrig. Die Arbeitslosigkeit erreichte weit über 30 %, teilweise über 40 %. Es folgten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen und vieles andere mehr. Das war eine riesengroße Herausforderung - nicht nur für die Stadt, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Nicht nur die Stadt Forst war von den Schwierigkeiten, die mit der Wende einhergingen, betroffen; ähnlich erging es Cottbus und vielen Kommunen im Land Brandenburg. Wenn man sich die heutige Situation anschaut, kann man sagen: Wir sind den Herausforderungen, gerade auch denen, die sich an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gestellt haben, erfolgreich begegnet. Wir stehen jetzt, wie es im

Leben häufig der Fall ist, vor neuen Herausforderungen. Aber ich denke, gerade angesichts unserer Erfahrungen brauchen wir uns davor nicht zu fürchten.

Ich bin den Vorrednern sehr dankbar, dass sie Folgendes betont haben - zuletzt Frau Nonnemacher, bevor ich an das Pult durfte -: Es geht nicht nur darum, effektive Verwaltungsstrukturen im Land Brandenburg aufzubauen oder rein technokratisch danach zu schauen, wie viele Verwaltungsangestellte zum Beispiel Grönland für 10 000 Einwohner hat, damit wir uns daran orientieren. Es geht auch um effektive Verwaltung, weil effektive Verwaltung die Spielräume nicht nur der Kommunal-, sondern auch der Landespolitik mitbestimmen wird. Wir haben jedoch auch die Frage zu beantworten, wie wir für die Bürger die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen weiter gewährleisten können. Insoweit bin ich ganz bei Frau Nonnemacher, die vorhin gesagt hat: Diese Teilhabe ist noch besser als bisher auszugestalten. Verwaltungsentscheidungen müssen transparent sein. Es geht auch um Kommunikation: Wie, auf welchen Wegen können die Bürger mit ihren Verwaltungen, aber auch mit ihren gewählten Gremien - Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Bürgermeister - kommunizieren? Mittlerweile eröffnet uns der IT-Bereich viele Möglichkeiten; die Diskussion haben wir schon gestern im Hohen Haus geführt. Wir können alle googeln, twittern, facebooken und was weiß ich noch alles.

Es wird nicht gehen, ohne dass die Leute auch zu ihren gewählten Vertretern hingehen können. Dazu ist es notwendig, dass die Abstände und auch die Räume nicht zu groß werden.

(Vereinzelt Beifall SPD sowie GRÜNE/B90)

Ich habe ja nicht gewusst, bis Herr Goetz mich aufgeklärt hat, dass es eine konspirative Runde war; von dieser habe nicht einmal ich etwas gewusst. Trotzdem kann ich dieser konspirativen Runde, Herr Goetz, von dieser Stelle aus nur sehr danken, weil ich meine, es ist mit Sicherheit der richtige Weg, sich auch in einer Enquetekommission im Landtag mit diesen Zukunftsfragen, die für das Land entscheidend sind, zu beschäftigen.

Noch einen Satz dazu: Verwaltung ist eben nicht nur ein Kostenfaktor. Ich bin dagegen, dies so darzustellen und so zu diskutieren. Verwaltung hat mit vielen Mitarbeitern dieses Land zu dem gemacht, was es heute ist: ein erfolgreiches Bundesland auch im Ländervergleich. Viele Daten sprechen mittlerweile für Brandenburg. Brandenburg hat andere Länder überholt. Diese Erfolge hätten wir nicht erzielt, wenn nicht Verwaltungsmitarbeiter auf den verschiedenen Ebenen ihre Arbeit sehr gewissenhaft zum Wohle des Landes ausgeführt hätten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht, der jetzt auf dem Tisch liegt, der Zwischenbericht der Enquetekommission, nimmt keine Bewertung vor. Er fasst den Stand der bisherigen Diskussion zusammen. Es ist eine Reihe von Expertenanhörungen - die Vorredner sind darauf eingegangen - durchgeführt worden. Es wurde die Gemeindegebietsreform von 2003 evaluiert. Es geht in der kommenden Phase, die im Sommer 2013 abgeschlossen werden soll, für die Enquetekommission darum: Welche konkreten Empfehlungen wird es für den Landtag Brandenburg geben?

Dazu möchte ich einige konzeptionelle Anmerkungen machen.

Erstens: Im Hinblick auf die großen finanziellen und demografischen Herausforderungen halte ich es für richtig, wenn stärker zwischen den Gemeinden kooperiert wird. Sie kennen das: Drei Gemeinden machen ein gemeinsames Bauamt, zwei Gemeinden machen ein gemeinsames Standesamt. Das ist gut und richtig. Aber diese Kooperationen werden eine Verwaltungsstrukturreform in Brandenburg nicht ersetzen.

Zweitens, das Verhältnis von Funktionalreform und Verwaltungsstrukturreform: Es gibt Leute - so etwas soll es auch im Landtag geben -, die sagen: Wir machen eine Funktionalreform, aber eine Verwaltungsstrukturreform finden wir nicht so chic. Und es gibt andere Leute, die sagen: Wir machen eine Verwaltungsstrukturreform, aber eine Funktionalreform stellen wir einmal ein bisschen hintenan. - Das wird so nicht funktionieren. Funktionalreform wird nicht ohne Verwaltungsstrukturreform gehen, zumindest in großen Teilen nicht, genauso wenig wie eine Verwaltungsstrukturreform ohne eine Funktionalreform funktionieren kann. Beides gehört zusammen, beides muss gemeinsam beraten werden. Am Ende müssen auch die verschiedenen Teile - Landesverwaltung, Landkreise und Kommunalverwaltung - miteinander harmonisieren. Am Ende geht es darum, dass der Bürger und die Wirtschaft eine qualitativ hochwertige Verwaltungsdienstleistung erhalten. Das ist der Anspruch, vor dem wir hier stehen.

Drittens plädiere ich bei amtsfreien Gemeinden und Ämtern für eine Diskussion über Maßstäbe. Der Maßstab, den wir im Moment benutzen, ist der Einwohnerrichtwert. Allerdings ist es so, dass 20 000 Einwohner im Berliner Umland sich anders darstellen als 20 000 Einwohner beispielsweise im Landkreis Elbe-Elster. Deswegen müssen wir darüber reden, ob wir neben den Einwohnerrichtwerten weitere Kriterien zugrunde legen, beispielsweise die Unterscheidung zwischen berlinnäheren und berlinferneren Räumen oder aber auch die flächenmäßige Ausdehnung von Gemeinden; denn das wird aus meiner Sicht notwendig sein. Hierüber sollte die Enquetekommission diskutieren.

Natürlich muss es die Strategie von Landtag und Landesregierung sein, die Reform der Kommunalstrukturen und die Reform der Verwaltungsstrukturen des Landes, nämlich die Reform der Landesverwaltung, miteinander abzustimmen und miteinander abgestimmt zu diskutieren. Diese Prozesse hängen sachlich und auch funktional eng miteinander zusammen. Es ist im Moment noch Zeit, darüber nachzudenken. Wenn man hingeht und sagt: „Das ist erst in der nächsten Legislaturperiode, ungefähr 2016/2017 wird es wohl etwas genauer kommen“, dann könnte man sich heute zurücklehnen und sagen: Müssen wir denn heute schon darüber reden? Ich meine, die Zeit ist relativ kurz. Vier oder fünf Jahre vergehen schnell. Wenn man die Herausforderungen betrachtet, vor denen wir stehen, und die Erwartungen der Bürger, aber auch die Erwartungen der Verwaltungsmitarbeiter in diese Prozesse einbeziehen will - ich denke, das sollten und müssen wir tun -, dann ist die Zeit schon wieder gar nicht kurz, sondern es ist wichtig, hier zielgerichtet zu arbeiten.

Ohne der Enquetekommission vorgreifen zu wollen, möchte ich kurz zu einigen konkreten Reformansätzen kommen. Wir haben - Frau Nonnemacher ist auf das Gutachten der Grünen eingegangen, das ich auch sehr intensiv gelesen habe -

(Beifall der Abgeordneten Nonnemacher [GRÜNE/B90])

als Innenministerium im Auftrag der Enquetekommission ebenfalls ein Gutachten anfertigen lassen; es liegt der Enquetekommission vor. Ich möchte mich hier ganz kurz auf zentrale Punkte des Gutachtens beschränken.

Erstens kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, dass neben Einheitsgemeinden auch Ämter weiterhin Bestand haben können und sollen. Diese im Grundsatz gerade für kleine Gemeinden im ländlichen Raum sehr gemeindefreundliche Form der Verwaltung hat sich im Großen und Ganzen bewährt. Aber sie muss - darüber bin ich auch mit Frau Nonnemacher einig - weiterentwickelt werden, um die Übertragung kommunaler pflichtiger Selbstverwaltungsaufgaben in Zukunft auch jenseits aller Risiken möglich zu machen.

Für den ländlichen Raum könnte - das schlägt der Gutachter vor - neben der Einheitsgemeinde und dem Ämtermodell, ein mögliches drittes Modell einer Verwaltungsstruktur - gerade für die ländlichen Räume - eine Rolle spielen: das bereits in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt existierende Verbandsgemeindemodell. Anstelle von indirekt legitimiertem Amtsausschuss und Amtsdirektor hätte die Verbandsgemeinde eine direkt gewählte Verbandsgemeindevertretung und einen direkt gewählten Verbandsgemeindebürgermeister. Dies hätte den Vorteil, dass wir diese zweite Gemeindeebene umfangreicher mit Aufgaben ausstatten könnten.

Der Gutachter sieht einen flexiblen und dynamischen Übergang vom Ämtermodell zum Verbandsgemeindemodell als möglich an. Es gibt aber auch Stimmen, die sagen, dass ein radikaler Wechsel hier stärker in die Betrachtung einbezogen werden sollte.

Die Entscheidung für bestimmte Modellvarianten und deren Ausgestaltung auf der Basis der Gutachten, auf der Basis auch des Datenmaterials, das wird die Herausforderung sein, meine Damen und Herren, vor der die Enquetekommission in den nächsten Monaten stehen wird.

Die Verantwortung der Mitglieder der Enquetekommission, lieber Vorsitzender Stefan Ludwig, ist sehr groß. Es ist und wird die erste Meinungsäußerung des Gesetzgebers im Land Brandenburg zur anstehenden, aus meiner Sicht dringend notwendigen Kommunalstrukturreform sein. Diese Meinungsäußerung wird nicht nur dringend erwartet, sie wird in den Monaten danach auch schon die Diskussion in den Kommunalstrukturen prägen. Das, was ich heute von den Rednern gehört habe, zumindest zum größten Teil, ist, dass man über Parteigrenzen hinweg in dieser Enquetekommission sehr konstruktiv miteinander arbeitet. Ich meine, das ist gerade das, was wir im Sinne der Bürger für diese Arbeit der Enquetekommission auch weiter brauchen.

Ich wünsche den Mitgliedern der Enquetekommission viel Erfolg und freue mich auf die konkreten Vorschläge, die wir im Sommer nächsten Jahres hier diskutieren werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Minister Dr. Woidke hat die Redezeit um 2:22 Minuten überschritten. Gibt es bei den Fraktionen den Bedarf, diese Redezeit noch zu nutzen? - Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Zwischenbericht der Enquetekommission 5/2 ist hiermit zur Kenntnis genommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums

Antrag mit Wahlvorschlag
der CDU-Fraktion

Drucksache 5/6024

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wer dem Antrag in Drucksache 5/6024 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist Herr Abgeordneter Dombrowski einstimmig als Mitglied des Präsidiums gewählt worden.

(Beifall)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/6021

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich komme zur Abstimmung des Antrages in Drucksache 5/6021. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist auch der Abgeordnete Domres als Mitglied des Präsidiums einstimmig gewählt worden.

(Beifall)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und wünsche Ihnen noch einen sonnigen, goldenen Herbst und zwei Wochen sitzungsfrei. Danach sehen wir uns fröhlich wieder. Auf Wiedersehen!

Ende der Sitzung: 14.22 Uhr